
2.1 Konsequenzen des Verlustes der „raison d'être“

Es gehört zu den Ironien der Geschichte der internationalen Beziehungen, dass dem Sieg des Westens im Kalten Krieg keine Ära transatlantischer Harmonie, sondern eine Phase zunehmend kritischer und schwieriger Dialoge der Bündnispartner diesseits und jenseits des Atlantiks folgte. Der äußere Integrationsdruck, den der machtpolitische und ideologische Antagonismus zwischen den USA und der UdSSR einerseits und das Szenario eines vorsätzlichen militärischen Schlages des Warschauer Paktes gegen Westeuropa andererseits auf die Bündnispartner ausgeübt hatte, ließ mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation zwangsläufig nach und wich der Notwendigkeit einer Neudefinition der Legitimationsbasis der NATO. Diese Phase der Orientierung und Konzeptionierung war gekennzeichnet durch die mit den Umbrüchen des internationalen politischen Systems einhergehende „Welt-Unordnung“ („world disorder“) (Hoffmann 1998; Masala 2016; Varwick 2017) sowie durch Missverständnisse und Fehlperzeptionen auf beiden Seiten des Atlantiks bezüglich der Interessen und Strategien der jeweiligen Allianzpartner.

Ende der 1980er Jahre wurde ein revolutionärer Prozess der Beendigung jahrzehntealter Ordnungsmuster und Strukturelemente in Gang gesetzt. Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes und der Sowjetunion ging gleichzeitig das endgültige Ende der Nachkriegsordnung, des „Eisernen Vorhanges“, des Ost-West-Konfliktes, des Abschreckungssystems und der bipolaren Weltordnung einher. Es entstand jedoch mit dem Ende des alten Systems nicht gleichzeitig eine neue

Dieser Abschnitt stützt sich auf frühere Veröffentlichungen des Verfassers zur Entwicklung der NATO: Meier-Walser (1997, 2000, 2003, 2004a, 2004b, 2005, 2006).

internationale Ordnung im Sinne einer stabilen Verteilung der Macht mit allseits anerkannten Prinzipien friedlicher Interaktion zwischen den Akteuren. Stattdessen begann eine Phase der Transformation, des Umbruchs und der Rollensuche, die auch die NATO nachhaltig prägte.

Während einige Experten in den westlichen Demokratien die Möglichkeit einer kontinuierlichen transatlantischen Sicherheitspartnerschaft nach dem Ende des Kalten Krieges nicht in Frage stellten, ging die Mehrheit der professionellen Analytiker innerhalb der „Strategic Community“ damals davon aus, dass es keineswegs selbstverständlich sei, dass die NATO erfolgreich an die veränderten Bedingungen nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation angepasst werden könne. Wie ein Blick in die Geschichte der internationalen Politik zeigt, gibt es in den vergangenen Jahrhunderten tatsächlich zahlreiche Beispiele dafür, dass Bündnisse zwischen Staaten zerfielen, nachdem die gemeinsam wahrgenommene Bedrohung, derentwegen sie sich formiert hatten, beseitigt bzw. das gemeinsame Ziel erreicht worden war. Umgekehrt liefert die Geschichte jedoch kein einziges Exempel dafür, dass Koalitionen von Staaten in Friedenszeiten ohne einen „umfassenden und langfristig angelegten Interessenausgleich längere Zeit Bestand gehabt hätten“ (Rühl 24./25. August 1996).

Aus politikwissenschaftlicher Sicht führte die Frage nach dem Fortbestand des westlichen Bündnisses je nach Operationalisierung verschiedener Theorieansätze zu einander widersprechenden Szenarien.

Einer strukturell-systemischen Interpretation der klassischen Theorie des Gleichgewichts der Mächte zufolge waren nach dem Ende des Kalten Krieges zukünftige Konflikte innerhalb des transatlantischen Bündnisses programmiert. So ging etwa der US-amerikanische Politologe und Neorealist Kenneth Waltz davon aus, dass nach dem Ende der machtpolitischen Parität zwischen Washington und Moskau die im Vergleich zur Gesamtmachtlage der Vereinigten Staaten schwächeren transatlantischen Allianzpartner sich im Laufe der Zeit von der dominierenden Rolle der USA herausgefordert fühlen und Anstrengungen unternehmen müssten, um der (nun „unbalancierten“) Macht der USA ein Gegengewicht entgegenzustellen.¹ Aus der Perspektive des Neorealismus war zumindest langfristig mit einer Auflösung der NATO und der Bildung einer neuen Gleichgewichts-Konstellation zu rechnen.

Einer rationalistisch-institutionalistischen Interpretation zufolge war nach der Transformation des bipolaren Systems hingegen eher ein Fortbestehen, konkreter eine Weiterentwicklung der westlichen Allianz im Sinne von deren Anpassung an

¹In diesem Sinne äußerte sich Kenneth Waltz im Gespräch mit dem Verfasser im Oktober 1990 in Berkeley.

die neuen Realitäten, zu erwarten. Die Wahrscheinlichkeit einer derartigen Entwicklung verbanden InstitutionalistInnen wie Robert Keohane u. a. mit der Überlegung, dass auch nach dem Ende der Sowjetunion gemeinsame Interessen der transatlantischen Bündnispartner existierten (z. B. die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der Organisierten Kriminalität und der nuklearen Proliferation) und dass die NATO neue gemeinsame Aufgaben zu bewältigen hätte (z. B. ihre Erweiterung nach Osten). Darüber hinaus leiteten Vertreter des Institutionalismus ihre zuversichtliche Prognose des Weiterbestehens der NATO von der pragmatischen Erkenntnis ab, dass Institutionen „leichter zu erhalten sind als neu zu schaffen“ (Hellmann und Wolf 1993, S. 298).

Rückblickend scheint die institutionalistische Prognose von der späteren Entwicklung bestätigt worden zu sein, zumal es der NATO im Laufe des ersten Jahrzehntes nach dem Ende des Kalten Krieges trotz des Verlustes des gemeinsamen Feindbildes nicht nur gelang, zu überleben, sondern weil sie die existenziell bedeutsame Herausforderung der Suche nach einer neuen, die Partnerschaft tragenden *raison d'être* durch ihre systematische Transformation von einem Bündnis der kollektiven Verteidigung zu einem Bündnis der kollektiven Sicherheit konstruktiv beginnen konnte. Gleichzeitig stellte sie sich der gewaltigen Aufgabe ihrer Erweiterung sowie der langfristigen Neubewertung ihrer Beziehungen zu Russland und bewies u. a. bei ihren Einsätzen in Bosnien und im Kosovo-Konflikt ihre militärische Funktionsfähigkeit.

Wenn allerdings der Bedeutungsverlust der NATO nach den Terroranschlägen gegen New York und Washington am 11. September 2001 sowie weitere Relevanz-Schwankungen und Funktionswandlungsprozesse des Bündnisses etwa im Zuge der Ukraine-Krise oder der Relativierung der NATO durch US-Präsident Trump berücksichtigt werden, so verdienen Erklärungskraft und Prognose-Fähigkeiten der erwähnten Theoriemodelle retrospektiv betrachtet eine differenzierte Würdigung.

2.2 Funktionswandel des Bündnisses nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation

Während der 1989 beginnende Zusammenbruch des kommunistischen Blockes die Möglichkeit der Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung eröffnete, bröckelte mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges aber auch die Legitimationsbasis der Allianz. Dieser Herausforderung begegnete die NATO in ihrer „Londoner Erklärung“ zur „Transformierten Nordatlantischen Allianz“ im Juli 1990 mit einer Einladung an die Warschauer-Pakt-Staaten, ständige

diplomatische Verbindungen mit der NATO aufzunehmen. Das zukünftige Verhältnis, so das Angebot aus Brüssel, solle von Annäherung, Vertrauen und Freundschaft geprägt sein und den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der KSZE-Schlussakte entsprechen. Gleichzeitig kündigten die Staats- und Regierungschefs der NATO eine substanzielle Änderung der seit 1968 gültigen Strategie der flexiblen Reaktion (MC 14/3) und eine Reduzierung des amerikanischen Nuklearwaffenpotenzials und der konventionellen Streitkräfte in Europa an.

Mit dem auf dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991 verabschiedeten neuen Strategischen Konzept ging das Bündnis erstmals über seine traditionelle Kernfunktion der kollektiven Verteidigung hinaus. Zwar wurde das Prinzip der Bündnissolidarität nach wie vor in den Mittelpunkt der Allianzstrategie gestellt, gleichzeitig jedoch die drastische Veränderung der Sicherheitslage in Europa hervorgehoben. Die Risiken für das Bündnis wurden nun nicht mehr primär in einem intendierten Angriff auf Allianzmitglieder gesehen, sondern mit den Konsequenzen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme, einschließlich ethnischer Rivalitäten und territorialer Dispute, in zahlreichen mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten verknüpft. Vor dem Hintergrund dieser Diversifizierung von Sicherheitsrisiken reklamierte das neue Strategische Konzept der NATO einen breiter gefächerten Sicherheitsansatz, der neben kollektiver Verteidigung auch Dialog und Kooperation beinhalten sollte.

Ein wichtiges Element der neuen Strategie der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges war die Schaffung einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung. Im Dezember 1991 wurde der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR) eingerichtet, dem neben den NATO-Mitgliedern und den MOE-Staaten später auch die ehemaligen Sowjetrepubliken beitraten. Da der NAKR (auch mit Rücksicht auf Moskau) weder militärische Kooperationen noch eine Beistandsverpflichtung analog Artikel 5 des NATO-Vertrages enthielt, waren die MOE-Staaten, die konkrete Sicherheitsgarantien erhofft hatten, enttäuscht. Rufe nach einer Mitgliedschaft in der NATO wurden deshalb in Mittel- und Osteuropa damals zunehmend lauter (Varwick und Woyke 1999, S. 96). Auf Vorschlag der Clinton-Administration wurde schließlich auf dem Brüsseler NATO-Gipfel vom Januar 1994 als Alternative die „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) mit den MOE-Staaten vorgestellt, die in zwei wichtigen Punkten über den NAKR hinausging: Erstens erlaubten die individuellen Partnerschaftsabkommen eine Differenzierung und zweitens wurden die Partnerstaaten in die Kernbereiche der NATO, nämlich in gemeinsame militärische Planungen und Kooperationsprogramme mit dem Ziel der Schaffung der Interoperabilität der Streitkräfte, mit einbezogen (Dembinski 2002, S. 283).

Ungeachtet der qualitativen Fortschritte der PfP gegenüber dem NAKR forderten die MOE-Staaten weiterhin ihre Aufnahme in die NATO, zumal auch die

PfP keine Sicherheitsgarantie enthielt. Der entscheidende Umschwung innerhalb der NATO zugunsten der Erweiterung wurde durch einen Stimmungswandel in Washington ausgelöst, wo die PfP als eine Art „Durchlauferhitzer“ betrachtet wurde. Mithilfe der im PfP-Programm enthaltenen Leistungen sollten die Beitritts-Aspiranten mit den Strukturen, Mechanismen und Prozessen der Allianz vertraut gemacht und damit auf ein als Vorbedingung für die Aufnahme gedachtes „level of interoperability“ gebracht werden. Gleichzeitig wollte die Clinton-Administration Zeit gewinnen, um einen gangbaren Kompromiss zwischen Argumenten pro und contra Osterweiterung zu finden (Meier-Walser und Lange 1996, S. 16). Angesichts der bevorstehenden Kongresswahlen und der großen Zahl wahlberechtigter US-Amerikaner mittel- und osteuropäischer Herkunft rückte Präsident Clinton im Laufe des Jahres 1994 von seiner vormaligen zurückhaltenden Attitüde gegenüber der Aufnahme der MOE-Staaten in das Bündnis ab. Daraufhin leiteten die Außenminister des Bündnisses einen Überprüfungsprozess zur Klärung der näheren Details und der Konsequenzen des Erweiterungsprozesses ein. Das Ergebnis dieser Arbeit wurde im September 1995 in einer „Study on NATO Enlargement“ vorgestellt. Knapp zwei Jahre später lud die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Madrid die Tschechische Republik, Ungarn und Polen offiziell zu Beitrittsgesprächen mit der NATO ein. Im März 1999 traten die drei Staaten schließlich als 17., 18. und 19. Mitglied dem Bündnis bei.

Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen der 1990er Jahre machten auch eine Überprüfung der militärischen Struktur der NATO erforderlich. Nachdem die Staats- und Regierungschefs der NATO bereits auf dem Gipfel im Januar 1994 in Brüssel die Schaffung einer europäischen Verteidigungsidentität innerhalb der NATO und die Einrichtung integrierter Militärstrukturen und multinationalaler Verbände als Ziele der Allianz bezeichneten, konnte im Juni 1996 auf der Berliner NATO-Ratstagung das Combined Joint Task Forces-Konzept (CJTF) verabschiedet werden. Diese alliierten, multinationalen (combined) Streitkräftekommandos (task forces) sollten gemeinsam (joint) von der NATO und der WEU genutzt werden können und es den europäischen NATO-Mitgliedern ermöglichen, das Material und die Logistik des Bündnisses zur Durchführung von „Petersberg-Aufgaben“ auch ohne die Beteiligung der USA zu verwenden. Das Konzept besaß den Vorteil, dass selbst Verbände von Staaten, die nicht der Allianz angehörten, in die CJTF-Struktur eingegliedert werden konnten und es dadurch insbesondere den PfP-Mitgliedern ermöglicht wurde, sich „aktiv an militärischen Maßnahmen der NATO zum Krisenmanagement und zur Konfliktbewältigung zu beteiligen“ (Varwick und Woyke 1999, S. 87).

Neben einer neuen militärischen Struktur legten die weltpolitischen Veränderungen auch eine Neuformulierung des Strategischen Konzeptes der NATO aus

dem Jahre 1991 nahe. Im Juli 1997 beschlossen die 16 Staats- und Regierungschefs der NATO auf dem Gipfeltreffen in Madrid die Ausarbeitung eines entsprechenden Dokumentes, womit sie vier Ziele verknüpften: Die zentralen Aufgaben der NATO sollten der veränderten sicherheitspolitischen Lage entsprechend formuliert, die Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung und transatlantischen Partnerschaft bekräftigt, ein flexibler Rahmen für militärische Planungen in einer sich weiter verändernden Situation geschaffen und schließlich den Partnerstaaten der NATO, insbesondere Russland und der Ukraine, der neue, „kooperative Charakter des Bündnisses verdeutlicht werden“ (Theiler 1999, S. 90). Nach zweijährigen Beratungen, in denen u. a. heftig (und letzten Endes ergebnislos) über die Option des nuklearen Ersteinsatzes und die Frage der Mandatierung von NATO-Missionen durch UNO bzw. OSZE gestritten wurde, konnte das neue Strategische Konzept schließlich auf dem Washingtoner NATO-Gipfel im April 1999 verabschiedet werden.

Mit der Aufnahme dreier ehemaliger Warschauer-Pakt-Staaten und der Einigung auf ein neues Strategisches Konzept hat die NATO im Jahre 1999 den Wandel von einer kollektiven Verteidigungsallianz zu einer „Ordnungs- und Stabilitätsinstitution in und für Europa“ (Theiler 1999, S. 92) weitgehend vollzogen. Angesichts des Fehlens eines gemeinsamen Feindbildes galt dies als erstaunliche Leistung der „neuen NATO“. Allerdings wurde die Kombination der Erweiterung um neue Mitglieder mit der Erweiterung des Aufgabenkataloges von manchen Beobachtern auch als „riskante Doppelerweiterung“ bezeichnet und gewarnt, dass die NATO „als Weltpolizist oder, eher noch, als Erfüllungsgehilfe der einzig global aktionsfähigen Weltmacht Amerika sich alsbald überfordert sehen könnte“ (Gasteyger 9. März 1999).

2.3 „Koalitionen der Willigen“ statt institutionalisierter Sicherheitskooperation – der Bedeutungswandel der NATO nach „9/11“

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Bündnisses in den 1990er Jahren wurde erwartet, dass eine neue, auf beiden Seiten des Atlantiks gemeinsam erkannte Bedrohung, wie sie die Terrorattacken in New York und Washington vom 11. September 2001 (9/11) darstellten, der atlantischen Allianz neue Dynamik und zusätzliche Relevanz verschaffen würde. Tatsächlich erklärte die NATO wenige Tage nach 9/11 zum ersten Mal seit ihrer Gründung den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. Danach wurde es allerdings ruhig um Brüssel, die NATO wurde von Washington de facto aufs Abstellgleis bugsiert

und die USA schmiedeten sich ihr Anti-Al-Qaida-Bündnis selbst – auf bilateraler Basis, unter Vernachlässigung etablierter Bündnisstrukturen und getreu der neuen Devise des Pentagon, wonach die Mission das Bündnis bestimme und nicht umgekehrt. Dabei banden die außenpolitischen Strategen in Washington in ihre „coalition of the willing“ gegen den internationalen Terrorismus neben traditionellen europäischen Sicherheitspartnern auch „neue“ Mitstreiter ein, darunter Russland, China und Pakistan.

Einige Autoren haben den Bedeutungsverlust der NATO nach dem 11. September einzig und allein der Bush-Administration zugeschrieben und die europäischen Allianz-Mitglieder von jeder Verantwortung ausgenommen. Diese Interpretation übersieht jedoch erstens, dass sich aus amerikanischer Sicht der Wert von Verbündeten neben dem Grad an politischer Unterstützung vor allem nach ihren militärischen Fähigkeiten bemisst und die USA in diesem Zusammenhang mit Sorge beobachten mussten, dass die europäischen Verteidigungsausgaben zum Teil drastisch sanken und die rüstungstechnologische Schere zwischen amerikanischen und europäischen Fähigkeiten weit auseinanderging (Hacke 2002, S. 16 f.).

Damit eng zusammenhängend zeigte sich – zweitens – in der Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen und der Neuorientierung Washingtons in der Sicherheitspolitik, dass die Bedeutung des „alten Kontinentes“ als Sphäre herausgehobener strategischer Bedeutung zumindest stark relativiert worden war. Obwohl Europa bereits im Zuge der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes auf der Skala außen- und sicherheitspolitischer Interessen der USA nach unten sank, wurde das volle Ausmaß dieser Veränderung erst nach dem Ende der Balkan-Kriege in der Folge der Auflösung Jugoslawiens deutlich (Heisbourg 2003, S. 332). Dass Europa sukzessive aus dem Fokus amerikanischer Sicherheitspolitik rückte, hing ferner damit zusammen, dass sich die Hauptquellen der Energieversorgung außerhalb Europas befanden, dass der islamische Fundamentalismus die sicherheitspolitische Aufmerksamkeit der USA von Europa ablenkte, dass die Gefahren nuklearer Bewaffnung in Asien sowie im Nahen und Mittleren Osten lagen und dass vor diesem Hintergrund die USA zumindest keine primären Interessen mehr in Europa zu sichern hatten (Weidenfeld 2003, S. 350).

Drittens müssen die Erfahrungen der USA während des Kosovo-Krieges im Frühjahr 1999 berücksichtigt werden. Damals hatten die europäischen NATO-Staaten ein hohes Maß an Mitsprache und Abstimmung gefordert, was den USA wegen des damit verbundenen Zeitaufwandes als überflüssig erschien und was sie „angesichts der begrenzten militärischen Kräfte der Europäer für wenig gerechtfertigt hielten“ (Haftendorn 2002, S. 79). US-General Wesley Clark, von 1997 bis 2000 Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), erinnerte sich später, dass

es während der Kosovo-Krise schwierig war, die innerhalb der NATO notwendige Einstimmigkeit als Entscheidungsgrundlage herzustellen (Clark 2001, S. 450). Washingtons Schlussfolgerung war folglich, „no more war by committee“.

Viertens hat die Veränderung der weltpolitischen Machtkonfiguration nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und die Tatsache, dass die USA seither die einzige militärische Supermacht sind, eine grundsätzliche Differenz zwischen den Vereinigten Staaten und deren europäischen Verbündeten hinsichtlich der Frage, ob internationale Probleme auf multilateraler Ebene gelöst werden sollen, noch zusätzlich verstärkt: Während die USA traditionell weit gehende außenpolitische Autonomie zu bewahren suchen, favorisieren die Europäer multilaterale Lösungen zur Klärung internationaler Probleme und setzen auf die friedensstiftende Kraft internationaler Organisationen wie der UNO.

Fünftens kann nicht geleugnet werden, dass die NATO auf Anti-Terror-Maßnahmen außerhalb des Bündnisgebietes nicht vorbereitet war. Im Strategischen Konzept von 1999 war zwar auf die neuen Sicherheitsrisiken durch Terrorismus hingewiesen worden, jedoch blieben diese Hinweise zunächst ohne Konsequenzen für konkrete operative Planungen.²

Angesichts des globalen sicherheitspolitischen Wandels nach 9/11 im Allgemeinen sowie der erwähnten Gründe für die Relativierung der NATO durch die USA im Besonderen wurde im Verlauf der durch den Irak-Krieg ausgelösten transatlantischen Krise des Jahres 2003 auf beiden Seiten des Atlantiks die Vermutung geäußert, dass das Ende der NATO als Allianz kollektiver Verteidigung in absehbarer Zeit bevorstehe. Nur wenige Monate später, auf dem NATO-Gipfel im Juni 2004 in Istanbul, bekräftigten jedoch sowohl die Europäer als auch die USA ihren Willen, die Fähigkeiten der Allianz im Kampf gegen neue Sicherheitsrisiken zu stärken (Moore 2007, S. 115–141). Ungeachtet ihrer außenpolitischen Schwerpunktverlagerung in Richtung Asien und Arabischer Halbinsel war es den USA nämlich nicht gleichgültig, wie sich Europa verändern und in welche Richtung sich die Europäische Union entwickeln würde. Eine Einflussnahme auf die europäische Ordnungsgestaltung – etwa im Hinblick auf die von den USA favorisierte Aufnahme der Türkei in die EU – war für Washington aber vor allem durch die Führungsrolle in der NATO möglich, weswegen die USA weder diese privilegierte Position aufgeben noch gar eine Auflösung der NATO betreiben wollten (Rühle 2003, S. 364).

Die USA und Europa, so eine weitere damalige Überlegung, seien nicht nur die am stärksten wirtschaftlich verbundenen Regionen der Welt, beide blieben

²Erst auf dem Prager Gipfel vom November 2002 konkretisierte die NATO ihre Rolle in der Terrorbekämpfung.

füreinander auch strategische Partner – ungeachtet der Tatsache, dass die USA anderen Regionen in jüngerer Zeit mehr Beachtung schenkten. Im Gegensatz zu manch anderen „neuen Partnern“ verbanden die USA mit den Staaten Westeuropas eine jahrzehntealte Interessen- und Wertegemeinschaft, mit anderen Worten ein „politisches Milieu, das nahezu vorbehaltlos auf die weltweite Kooperation mit den USA angelegt ist“ (Rühle 2003, S. 365). Während die Europäer für die USA insbesondere aufgrund dieser Disposition gewissermaßen „natürliche“ Partner blieben, war die NATO vor allem deshalb für Europa nach wie vor von signifikanter Bedeutung, weil sie die einzige Institution war, die die sicherheitspolitische Bindung der USA an den „alten“ Kontinent und damit den Fortbestand der eingespielten und gut funktionierenden transatlantischen Sicherheitsarchitektur weiter gewährleistete (Yost 1998, S. 50).

Diese transatlantische Bindekraft der NATO, die insbesondere in der traditionellen Rolle der USA als „Europe’s Pacifier“ (Joffe 1984, S. 64) zum Ausdruck kam, hatte sich aber nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes deutlich abgeschwächt, wobei das wachsende Desinteresse der USA an der NATO zum Teil von den Europäern selbst verschuldet wurde. Die sich während der Irak-Krise auftuende Kluft zwischen dem, so US-Verteidigungsminister Rumsfeld, „alten Europa“ (Deutschland und Frankreich) und dem „neuen Europa“ (den Mitgliedern und damaligen Beitrittskandidaten von EU und NATO, die die USA unterstützten) versetzte den Ambitionen der EU, ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu vergemeinschaften, einen empfindlichen Schlag und führte gar zu der Befürchtung, Europa könne in das System des Gleichgewichts der Kräfte des 19. Jahrhunderts zurückfallen, also in jenes konfliktträchtige System, „dem zu entkommen die Europäer sich nach 1945 so entschieden bemüht haben“ (Pond 2003, S. 443). Solange die EU aber nicht dazu in der Lage war, die sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas gemeinschaftlich und selbstständig, also ohne Hilfe der Vereinigten Staaten, zu bewältigen, wurde die NATO von Europa mehr gebraucht als von den USA (Haftendorn 2002, S. 81).



<http://www.springer.com/978-3-658-20098-5>

Die NATO im Funktions- und Bedeutungswandel
Veränderungen und Perspektiven transatlantischer
Sicherheitspolitik

Meier-Walser, R.

2018, VIII, 43 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-20098-5